

Stadt Stadtallendorf

Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau,
Umwelt und Landwirtschaft
- Der Vorsitzende -

35260 Stadtallendorf, 18.12.2008
Postfach 1420
Tel.: (0 64 28) 707-308
Fax.: (0 64 28) 707-400

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Fachausschusses für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt und Landwirtschaft

Sitzungstermin:	Donnerstag, 11.12.2008
Sitzungsbeginn:	19:30 Uhr
Sitzungsende:	21:35 Uhr
Ort, Raum:	Besprechungsraum 1, Zimmer-Nr. 2.29, Bahnhofstraße 2 (Rathaus), 35260 Stadtallendorf,

Anwesend sind:

Herr Otmar Bonacker
Herr Frank Drescher
Herr Dieter Erber
Herr Jörg Linker
Frau Ulrike Quirmbach
Herr Stefan Rhein
Herr Nils Runge
Herr Klaus Ryborsch
Herr Manfred Thierau
Herr Wolfgang Salzer
Herr Bernd Waldheim

Vertreter für Herrn Hesse
Vertreter für Herrn Metz

Vertreter für Herrn Somogyi
Vertreter für Herrn Behler

Vom Magistrat:

Herr Karl-Heinz Digula
Herr Gerhard Kroll
Herr Hans-Dieter Langner
Frau Ursula Rogg
Herr Bernd Zink

Stadtverordnetenvorsteher:

Herr Hans-Georg Lang

Stellv. STVVorsteher/in:

Frau Ilona Schaub

Stadträtin/Stadtrat:

Herr Helmut Hahn

Von der Verwaltung:

Herr Manfred Vollmer
Herr Klaus Hütten

Schriftführer:

Nikolaus Petri

Entschuldigt fehlen:

Herr Jürgen Behler
Herr Werner Hesse
Herr Jochen Metz
Herr Christian Somogyi
Herr Winand Koch (Fraktionsvorsitzender)

Tagesordnung:

- 1 Eröffnung und Begrüßung
Beschlüsse:
- 2 Um- und Neugestaltung der Stadtmitte, II. Bauabschnitt, Marktplatz
Vorlage: FB4/2008/0133
Kenntnisnahme:
- 3 Wohnpark Herrenwald an der Niederkleiner Straße; Vorstellung der aktuellen
Planungskonzeption der Herrenwald WohnBau eG
Vorlage: FB4/2008/0134
- 4 Beratung von eingegangenen Anträgen
Beschlüsse:
- 5 Bauleitplanung der Stadt Stadtallendorf
64. Änderung des Flächennutzungsplans "Westumgehung Rheinstraße
(Kreisstraße 92)" in der Kernstadt Stadtallendorf
hier: a) Behandlung der während des Bauleitplanverfahrens eingegangenen
Stellungnahme und Anregungen
b) Beschlussfassung
Vorlage: FB4/2008/0137
- 6 Bauleitplanung der Stadt Stadtallendorf; Bebauungsplan Nr. 91 "Westumgehung
Rheinstraße (Kreisstraße 92)" in der Kernstadt Stadtallendorf
a) Behandlung der während des Bauleitplanverfahrens eingegangenen
Stellungnahmen u. Anregungen
b) Satzungsbeschluss gem. § 10 BauGB
Vorlage: FB4/2008/0136
- 7 Dorferneuerung in Stadtallendorf; Antrag auf Aufnahme des Stadtteils Hatzbach
als Förderschwerpunkt in das Dorferneuerungsprogramm des Landes Hessen
Vorlage: FB4/2008/0108
Kenntnisnahmen:
- 8 Information über den Fortgang der Innenstadtentwicklung; Sachstandsbericht 5
Vorlage: FB4/2008/0135
- 9 Netzstrukturdaten bestehender und geplanter stationärer Sendeanlagen;
Information über Standorte der Fa. T-Mobile Deutschland GmbH, Frankfurt/Main
Vorlage: FB4/2008/0122
- 10 Mitteilungen
- 11 Verschiedenes

Inhalt der Verhandlungen:

Zu 1 Eröffnung und Begrüßung

Der Vorsitzende, Herr Otmar Bonacker, eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Besonders begrüßt er vom Ing.-Büro Sommerlad/Haase/Kuhli, Herrn Kuhli, Gießen, sowie die anwesenden Pressevertreter.

Einwände gegen die Einladung und Tagesordnung werden nicht erhoben.

Im Einvernehmen mit den Ausschussmitgliedern wird Tagesordnungspunkt 2 im Anschluss an Tagesordnungspunkt 3 behandelt.

Zu 2 Um- und Neugestaltung der Stadtmitte, II. Bauabschnitt, Marktplatz Vorlage: FB4/2008/0133

Nachdem nunmehr der 1. Bauabschnitt zur Attraktivierung und Aufwertung der Innenstadt realisiert ist, liegen für den 2. Bauabschnitt, der im Jahre 2009 realisiert werden soll, die Planungsunterlagen für die Umgestaltung des Marktplatzes, der Rathausgasse und für das Umfeld des Gemeinschaftszentrums sowie des Straßenabschnittes „Am Hallenbad“ vor. Herr Kuhli vom Büro Sommerlad/Haase/Kuhli stellt die Ausführungsplanung mit den konkreten Maßnahmen vor. Das verfolgte Ziel einer Qualitätsverbesserung beinhaltet vor allem die Erneuerung der Stadtmöblierung, angepasst an die bereits in der Marktstraße verwendeten Einrichtungen, Anpflanzungen neuer Bäume in der Straße Am Hallenbad, ein behindertengerechter Zugang zur Bibliothek sowie auch eine neue Bepflanzung. Die Straße Am Hallenbad mit der Verbindung zum Gemeinschaftszentrum soll komplett erneuert werden.

In Anbetracht des durch die Neubepflanzung verbundenen höheren Pflegeaufwands in geschätzter Höhe von rd. 5.000,-- € bis 6.000,-- € pro Jahr wird von Herrn Waldheim die Frage aufgeworfen, ob es sinnvoll sei, eine Bewässerungsanlage vorzusehen. Herr Kuhli weist auf die Störanfälligkeit solcher Anlagen hin und hält diese für nicht erforderlich.

Die vor dem Tegut-Markt vorgesehene Sitzbank wird von Herrn Erber als nicht ratsam angesehen. Herr Bürgermeister Vollmer verweist auf die Gesamtkonzeption und die Möglichkeit einer kurzfristigen Änderung des Aufstellplatzes.

Die von Herrn Runge angesprochene Problematik in der Oberflächenentwässerung ist lt. Mitteilung von Herrn Hütten bekannt und soll über einen vorhandenen Kanal verbessert werden.

Beschlussvorschlag:

Der Magistrat bittet die Stadtverordnetenversammlung folgenden Beschluss zu fassen:

1. Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Ausführungsplanung für den II. Bauabschnitt zur Umgestaltung der Stadtmitte im Bereich am Marktplatz zur Kenntnis.
2. Die Stadtverordnetenversammlung stimmt der vorgelegten Planungskonzeption zu.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Zu 3 Wohnpark Herrenwald an der Niederkleiner Straße; Vorstellung der aktuellen Planungskonzeption der Herrenwald WohnBau eG Vorlage: FB4/2008/0134

Zu diesem Tagesordnungspunkt begrüßt Herr Bonacker die Vertreter der Herrenwald Wohnbau GmbH. Geschäftsführer, Herr Busch, stellt die geplante Maßnahme vor. Die seinerzeit erarbeitete Konzeption für den Wohnpark Herrenwald kollidierte mit den Planungen zum Bau der vorgesehenen Querspange. Eine Realisierung des Projektes in abgewandelter Form war jedoch weiterhin möglich. Die Herrenwald Wohnbau GmbH hat die ursprüngliche Maßnahme modifiziert. Herr Morawietz von der Unternehmensgruppe Nassauische Heimstätte/Wohnstadt stellt die geänderte Planung im Einzelnen vor. Die aktuelle Planung sieht zunächst die Erstellung eines Bürogebäudes vor, das in den unteren zwei Etagen der Herrenwald Wohnbau GmbH zur Nutzung vorbehalten bleibt. Dieses Gebäude soll in fünfgeschossiger Bauweise mit einer Grundfläche von ca. 15 x 15 m und rd. 5.000 m³ umbauten Raum errichtet werden. Im Erdgeschoss sind Ladenflächen eingeplant. Als weitere Baumaßnahme ist eine Ringbebauung als Wohnnutzung vorgesehen. Auf die Anmerkung von Bürgermeister Vollmer zu erforderlichen Parkflächen wird auf geplanten Parkplätzen für das Bürogebäude in einer Größenordnung von 30 bis 50 Parkplätzen verwiesen.

Die Frage von Frau Quirnbach zur Nutzung des Bürogebäudes wird von Herrn Busch dahingehend beantwortet, dass lediglich die ersten beiden Etagen für die Herrenwald Wohnbau GmbH vorbehalten sind, der Rest soll gewerblich vermietet werden. Es ist keine private Nutzung als Wohnen vorgesehen.

Herr Salzer befürchtet, dass das mehrgeschossige Bürogebäude als Fremdkörper in dem vorhandenen städtebaulichen Umfeld störend wirken könnte. Dem entgegnet Herr Busch, dass dies zwar ein Fremdkörper im Augenblick sei, jedoch städtebaulich etwas Neues und möglicherweise als Beginn für eine neue Form der Bebauung angesehen werden kann. Die Frage von Herrn Waldheim, wann die Ringbebauung zur Wohnnutzung in Angriff genommen werden soll, beantwortet Herr Busch dahingehend, dass dies augenblicklich noch offen sei.

Weitere Fragen werden ausreichend beantwortet.

Kenntnisnahme:

Die Herrenwald WohnBau eG hat in 2007 für ihr Gelände an der Niederkleiner Straße 5 – 10 ein Konzept für einen „Wohnpark Herrenwald“ im Rahmen einer mehrsemestrigen studentischen Projektarbeit erarbeiten lassen. Elemente des geplanten „Wohnparks Herrenwald“ waren ein Wohnhochhaus mit 8 bzw. 10 Geschossen, ein mehrgeschossiges Wohngebäude entlang der Niederkleiner Straße, ein mehrgeschossiges Wohngebäude entlang der Main-Weser-Bahn. Im Zentrum des Wohnparks waren eine Reihe von Stadtvillen geplant, die in eine Grünanlage eingebettet waren.

Zeitgleich zu diesen Planungen hat die Stadt Stadtallendorf einen Vorentwurf für die „Querspange“ zur Komplettierung des sog. „Innenstadtrings“ entwickelt. Der Trassenkorridor für dieses Verkehrsbauwerk nimmt auch Freiflächen der Liegenschaften der Herrenwald WohnBau eG in Anspruch. Im August des Jahres 2007 wurden die beiden Planungsvorhaben dem Fachausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt und Landwirtschaft vorgestellt. In ihrer Sitzung am 02.11.07 beschloss die Stadtverordnetenversammlung, dass ein ausreichend dimensionierter Trassenkorridor für den Bau einer „Querspange“ in Form einer Straßenunterführung der Gleisanlagen der Main-Weser-Bahn zwischen der Niederkleiner Straße und der Straße Am Bahnhof von einer Bebauung freigehalten werden soll. Seinerzeit wurde festgehalten, dass die geplante Trassenvariante zum Lückenschluss des „Innenstadtrings“ den letzten verfügbaren Verkehrskorridor darstellte, der eine Realisierung dieser Maßnahme ermöglicht. Durch entsprechende Verkehrsuntersuchungen war nachgewiesen worden, dass die Auswirkungen im Straßenverkehrsnetz der Stadt Stadtallendorf signifikant sind und zur Entlastung in den zur Zeit hoch belasteten Verkehrsabschnitten im Gesamtgefüge führen. Grundsätzlich wurde daher der Lückenschluss des „Innenstadtrings“ als Verkehrsprojekt eingestuft, das auch eine maßgebliche städtebauliche Verbesserung bewirkt.

Die seinerzeit erarbeitete Konzeption für den „Wohnpark Herrenwald“ kollidierte jedoch mit den Planungen zum Bau einer „Querspange“. Es wurde jedoch konstatiert, dass durch den Bau einer „Querspange“ zwar eine Verringerung des Flächenpotentials der Herrenwald WohnBau eG herbeigeführt wird, eine Realisierung des Projektes jedoch weiterhin möglich ist.

Daraufhin wurde die Konzeption für die Realisierung des „Wohnparks Herrenwald“ durch die Herrenwald WohnBau eG nochmals modifiziert. In der Anlage ist eine erste Konzeption, die von der Unternehmensgruppe Nassauische Heimstätte/Wohnstadt erarbeitet wurde, beigelegt. Die Herrenwald WohnBau eG plant nunmehr, diese Konzeption stufenweise umzusetzen. Im Rahmen der Sitzung des Fachausschusses für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt und Landwirtschaft soll der Herrenwald WohnBau eG Gelegenheit gegeben werden, die aktuelle Planung vorzustellen. Des Weiteren besteht die Möglichkeit, die vorgelegte städtebauliche Konzeption zu erörtern. Insbesondere das Maß der baulichen Nutzung bezogen auf die Geschossigkeit wird sich signifikant ändern. Mit der Neubebauung ist eine Veränderung Höhenentwicklung geplant, die das Stadtbild nachhaltig prägen wird.

Nach Auffassung der Verwaltung ist für die Realisierung des Konzeptes eine

planungsrechtliche Absicherung durch einen Bebauungsplan erforderlich. Sollten die städtischen Gremien der vorgestellten Planung zustimmen, beabsichtigt die Verwaltung, eine entsprechende Bauleitplanung einzuleiten.

Im Anschluss an diesen Tagesordnungspunkt wird die Sitzung kurzfristig unterbrochen.

Anschließend wird der Tagesordnungspunkt nochmals zur Aussprache gegeben. Es wird Einkunft darüber erzielt, dass entsprechend Vorschlag von Stadtrat Hahn zunächst ein Bebauungsplan aufgestellt werden soll und in diesem Zusammenhang ein Gesamtkonzept für das gesamte Gebiet erstellt werden soll. Bürgermeister Vollmer sagt zu, den entsprechenden Bebauungsplan in den Magistrat zu stellen.

Der Ausschussvorsitzende, Herr Bonacker, verabschiedet anschließend die anwesenden Magistratsmitglieder.

Abstimmungsergebnis: Zur Kenntnis genommen

Zu 4 Beratung von eingegangenen Anträgen

2.1 Antrag der SPD-Fraktion zur „Entwicklungsmöglichkeit für die Firma Winter“

Herr Runge begründet den Antrag der SPD-Fraktion mit Hinweis auf das Vorhaben der Fritz Winter Eisengießerei GmbH & CoKG im benachbarten Homberg/Ohm Erweiterungsmöglichkeiten zu schaffen mit der Begründung, dass sie in Stadtallendorf diese Möglichkeit der Erweiterung nicht sieht. Die SPD-Fraktion setzt sich deshalb für ein gemeinsames Gespräch mit der Firma Winter ein.

Herr Ryborsch bedauert ebenfalls seitens der CDU-Fraktion dieses Vorhaben und kündigt einen Änderungsantrag seitens der CDU-Fraktion an.

2.2 Antrag der SPD-Fraktion zum „Neubau einer Zisterne im Rahmen des Neubaus des Baubetriebshofs“

Herr Runge begründet kurz den Antrag der SPD-Fraktion mit dem Hinweis, dass mit der Errichtung einer Zisterne eine erhebliche Menge an Trinkwasser eingespart werden kann.

2.3 Antrag der CDU-Fraktion „Informationsveranstaltung zum aktuellen Denkmalschutz“

Herr Ryborsch begründet den Antrag auf Durchführung einer Informationsveranstaltung mit der zuständigen Denkmalschutzbehörde in der Stadthalle mit Hinweis auf die zahlreichen Leerstände im Stadtgebiet und der Notwendigkeit vorhandene Bausubstanz zu erhalten.

Zu 5

Bauleitplanung der Stadt Stadtallendorf

64. Änderung des Flächennutzungsplans "Westumgehung Rheinstraße (Kreisstraße 92)" in der Kernstadt Stadtallendorf

hier: a) Behandlung der während des Bauleitplanverfahrens eingegangenen Stellungnahme und Anregungen

b) Beschlussfassung

Vorlage: FB4/2008/0137

Bürgermeister Vollmer verweist auf die beiden Tischvorlagen, die zum Einen die Änderung des Flächennutzungsplans für die Westumgehung Rheinstraße (Kreisstraße 92) und zum Anderen in den Bebauungsplan für die gleiche Maßnahme beschäftigen. Er bittet dennoch, über beide Tischvorlagen zu entscheiden.

Herr Hütten fasst den Sachverhalt zusammen und begründet die Vorlage. Er weist auf die geringfügigen Änderungen im westlichen Bereich des Trassenverlaufs hin, wo von der vorhandenen Wohnbebauung geringfügig abgerückt wurde. Die im Rahmen der öffentlichen Auslegung eingegangene Anregungen und Bedenken wurden hinreichend behandelt. Bedenken der Anwohner wurden im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten berücksichtigt, indem z. B. über eine Verkehrslenkung die Zufahrt in die Warthestraße für den Schwerlastverkehr eingeschränkt werden soll. Die Belange der Anwohner wurden darüber hinaus hinreichend berücksichtigt. Für passive Lärmschutzmaßnahmen besteht jedoch aufgrund von eingeholten Gutachten keine Grundlagen geschaffen werden.

Die Frage von Herrn Thierau, ob es seitens der Anlieger noch Widerstände geben würde, beantwortet Herr Vollmer insoweit, dass zum Einen der Trassenverlauf von der Wohnbebauung abgerückt wurde, jedoch letztlich einige Bedenken nicht gänzlich ausgeräumt werden konnten.

Die Frage von Herrn Thierau, ob der Querlastverkehr unterbunden werden soll, wird von Bürgermeister Vollmer dahingehend beantwortet, dass darüber nachgedacht wird, jedoch zum derzeitigen Zeitpunkt keine endgültige Aussage getroffen werden kann.

Auf die Frage von Herrn Salzer, dass Anlieger Interesse bekundet haben sollen, evtl. nach dem Ausbau der K 92 frei liegendes Gelände erwerben zu können, antwortet Bürgermeister Vollmer, dass Schriftverkehr für eine solche Anfrage zwar vorliegen würde, jedoch konkret erst nach Ausbau der Straßenbaumaßnahme mit dem Eigentümer des fraglichen Grundstücksbereichs zu sprechen sein wird. Grundsätzlich ist die Stadt jedoch bereit, in dieser Frage vermittelnd aufzutreten.

Beschlussvorschlag:

Der Magistrat bittet die Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

1. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die in der Anlage dargelegte Abwägung über die eingegangenen Stellungnahmen und Anregungen im Rahmen des Bauleitplanverfahrens zur 64. Änderung des Flächennutzungsplans „Westumgehung Rheinstraße (Kreisstraße 92)“ in der Kernstadt.

2. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die 64. Änderung des Flächennutzungsplans „Westumgehung Rheinstraße (Kreisstraße 92)“ nebst Begründung und Umweltbericht.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**Zu 6 Bauleitplanung der Stadt Stadtallendorf; Bebauungsplan Nr. 91
"Westumgehung Rheinstraße (Kreisstraße 92)" in der Kernstadt
Stadtallendorf**

**a) Behandlung der während des Bauleitplanverfahrens eingegangenen
Stellungnahmen u. Anregungen**

b) Satzungsbeschluss gem. § 10 BauGB

Vorlage: FB4/2008/0136

Beschlussvorschlag:

Der Magistrat bittet die Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

1. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die in der Anlage befindliche Beschlussempfehlung zu den im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung und der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange eingegangenen Stellungnahmen und Anregungen zum Bebauungsplanentwurf Nr. 91 „Westumgehung Rheinstraße (Kreisstraße 92)“ als Stellungnahme der Stadt Stadtallendorf. Hinweise bzw. Anregungen zu nicht abwägungsfähigen Sachverhalten wurden nicht vorgebracht. Sämtliche eingegangenen Stellungnahmen werden damit abgewogen.
2. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt gemäß § 10 BauGB den Bebauungsplan Nr. 91 „Westumgehung Rheinstraße (Kreisstraße 92)“ in der Fassung vom Dezember 2008 als Satzung. Die Begründung des Bebauungsplanes incl. Umweltbericht wird bewilligt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**Zu 7 Dorferneuerung in Stadtallendorf; Antrag auf Aufnahme des Stadtteils
Hatzbach als Förderschwerpunkt in das Dorferneuerungsprogramm des
Landes Hessen**

Vorlage: FB4/2008/0108

Herr Bürgermeister Vollmer weist darauf hin, dass grundsätzlich in dieser Frage schon beschlossen wurde. Es ergeben sich keine Fragen.

Beschlussvorschlag:

Der Magistrat bittet die Stadtverordnetenversammlung, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Aufnahme des Stadtteils Hatzbach als

Förderschwerpunkt in das Dorferneuerungsprogramm des Landes Hessen zu beantragen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Kenntnisnahmen:

Zu 8 Information über den Fortgang der Innenstadtentwicklung; Sachstandsbericht **5**

Vorlage: FB4/2008/0135

Bürgermeister Vollmer weist darauf hin, dass sich in dieser Angelegenheit keine neuen Erkenntnisse ergeben haben.

Zur Frage von Herrn Salzer zum möglichen Baubeginn des Vorhabens antwortet Bürgermeister Vollmer, dass der Investor zugesagt hat, bis zur Stadtverordnetenversammlung am 18.12.2008 Mitteilung zu machen.

Kenntnisnahme:

Die Stadtverordnetenversammlung beschloss in ihrer Sitzung am 06.03.2008, dass über die Entwicklung des Projektes „Erweiterung und Ergänzung der Stadtmitte“ bis zu dessen Fertigstellung in jeder Stadtverordnetenversammlung ein aktueller Sachstandsbericht erstattet werden soll. In diesem Bericht sollen dargestellt werden:

- a) die aktuellen Planungsstände der Projektbereiche „Ehemaliger Busbahnhof“, „Einkaufsbereich Parkplatz Straße des 17. Juni“, und „Ärztehaus“
- b) ein aktueller Stand der Verhandlungen mit den unterschiedlichen Betreibern und
- c) Stand der Vertragsabschlüsse.

Sachstand zum 26.11.2008

Zu a):

Der Bauantrag für das Einkaufszentrum auf dem ehemaligen Busbahnhof (ohne Ärztehaus) wurde im April 2008 fertiggestellt. Die Genehmigung für das Objekt wurde im August 2008 erteilt. Eine Aussage zum Beginn der Realisierung des Objekts durch den Investor liegt noch nicht vor.

Für den Einkaufsbereich Stellplatzanlage Straße des 17. Juni wurde ein Alternativkonzept mit vier Ladeneinheiten durch den Investor zur Genehmigung eingereicht. Im Rahmen des Genehmigungsverfahrens für das Objekt ist ein Befreiungsantrag von den Festsetzungen des Bebauungsplanes in Bezug auf die überbaubare Grundstücksfläche gestellt worden. Diesem Antrag auf Befreiung von den Festsetzungen des Bebauungsplanes wurde durch den Magistrat nicht stattgegeben. Daher wurde bisher das Einvernehmen gem. § 36 BauGB versagt.

Für die Bebauung auf dem ehemaligen Busbahnhof, die als Ersatz für das nicht mehr zu realisierende Ärztehaus geplant ist, wurden vom Investor Konzepte

erarbeitet und den städtischen Gremien vorstellt. Konkrete Aussagen zur Betreibern und Realisierungszeiträumen wurden vom Investor noch nicht gemacht.

Zu b):

Mit folgenden Betreibern steht der Investor in Verhandlung bzw. sind die Verhandlungen abgeschlossen:

1. Für das Einkaufszentrum im Bereich des ehemaligen Busbahnhofs
 - Lebensmittelvollsortimenter der Firma REWE (Verhandlungen abgeschlossen)
 - Lebensmitteldiscounter Firma Aldi (Verhandlungen abgeschlossen)
 - Kleinkaufhaus Drogeriemarkt Firma Müller (Verhandlungen abgeschlossen)
2. Für die Ladenzeile im Bereich der Stellplatzanlage „Straße des 17. Juni“ führt der Investor derzeit Verhandlungen mit interessierten Anbietern. Gleiches gilt für die Fläche am ehemaligen Busbahnhof.

Zu c):

Siehe Antwort zu b).

**Zu 9 Netzstrukturdaten bestehender und geplanter stationärer Sendeanlagen;
Information über Standorte der Fa. T-Mobile Deutschland GmbH,
Frankfurt/Main
Vorlage: FB4/2008/0122**

Es ergeben sich keine Fragen.

Kenntnisnahme:

Der Mobilfunkbetreiber T-Mobile Deutschland GmbH, Frankfurt/Main, teilt turnusgemäß die Netzstrukturdaten bestehender und geplanter Sendeanlagen in Stadtallendorf mit.

Standorte, Art der Sendeanlagen und Realisierungsstand können der Anlage zum Schreiben der Firma T-Mobile Deutschland GmbH entnommen werden.

Es wird um Kenntnisnahme gebeten.

Abstimmungsergebnis: Zur Kenntnis genommen

Zu 10 Mitteilungen

Es ergeben sich keine Mitteilungen.

Zu 11 Verschiedenes

Es ergeben sich keine Wortmeldungen.

Der Vorsitzende

Der Schriftführer

Bonacker

Petri